

Zwei Drittel der Einwohner sind dafür

Tom Wenandy

Wirtschaftsminister Etienne Schneider hat die Debatte vor rund zwei Wochen politisch lanciert. Unterstützung bekam er von seinem Parteikollegen und Vize-Premier Jean Asselborn. „déi gréng“ und diverse Ausländerorganisationen sind auch (bedingt) dafür: das Wahlrecht für Ausländer. Gestern fand in diesem Zusammenhang eine Konferenz in der Handelskammer statt.

„Welches Wahlrecht für die Ausländer in Luxemburg?“. Unter diesem Motto fand gestern Abend in der „Chambre de commerce“ eine von der Handelskammer, der Handwerkskammer sowie der ASTI im Rahmen der Anti-Fremdenfeindlichkeit-Initiative „Making Luxembourg“ organisierte Konferenz statt.

Thematische Ansprachen hielten u.a. der Präsident der Abgeordnetenkammer, Laurent Mosar, der Direktor der Handelskammer, Pierre Gramagna, CSL-Präsident Jean-Claude Reding sowie CGFP-Präsident Emile Haag (für die Positionen der einzelnen Teilnehmer, siehe unsere Ausgabe von gestern).

Studie

Im Rahmen der genannten Veranstaltung wurde aber auch eine TNS-Studie zum Thema vorgestellt.



Foto: Pierre Matéje

Das Thema Wahlrecht für Ausländer interessiert gegenteiligen Aussagen zum Trotz dann doch

Aus dieser Umfrage, die bei einer repräsentativen Bevölkerungsgruppe von in Luxemburg Ansässigen, also bei Luxemburgern und Nicht-Luxemburgern, durchgeführt wurde, geht hervor, dass der Hauptgrund, in Luxemburg zu leben (78 Prozent), die Lebensqualität ist. Gefolgt von der Bindung zum Land (66 Prozent), dem Lohnniveau (64 Pro-

zent), der Umwelt (63 Prozent) sowie der physischen Sicherheit (61 Prozent).

Außerdem stellt TNS Ilres in seiner Studie fest, dass eine klare Mehrheit (44 Prozent der Befragten) eine Bevölkerungszahl von maximal 600.000 gutheißen. Von dem berühmten 700.000-Einwohner-Staat sind nur noch 29 Prozent überzeugt. Tendenz fallend mit einer (virtuellen) Zahl an Einwohnern.

Für die Hälfte der Befragten scheint dann auch sehr klar, dass der Ausländeranteil in Luxemburg 50 Prozent nicht übersteigen darf. Wobei sich in diesem Punkt die luxemburgischen sowie die nicht-luxemburgischen Ansässigen doch stark in ihrer Meinung unterscheiden. Während bei den Luxemburgern 60 Prozent der Auffassung sind, dass ein Ausländeranteil von 50 Prozent ein absolutes Maximum darstellt, sind es bei den ausländischen Einwohnern nur 37 Prozent.

Was das Wahlrecht für Ausländer bei Parlamentswahlen angeht, so sind laut TNS Ilres rund

zwei Drittel der Befragten dafür. Aufgeschlüsselt nach Nationalitäten ergeben sich aber klare Unterschiede: Während 85 Prozent der befragten, in Luxemburg ansässigen Ausländer der Meinung sind, dass Nicht-Luxemburger nach einer gewissen Aufenthaltsdauer das Wahlrecht erhalten sollten, sind es bei den Luxemburgern „nur“ 59 Prozent.

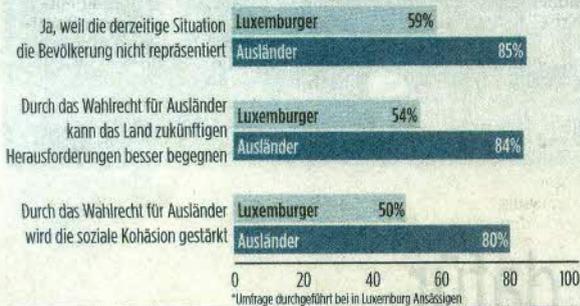
Interessant ist auch das Ergebnis, dass 84 der Ausländer durch eine Öffnung des Wahlrechts glauben, dass das Land den zukünftigen Herausforderungen besser begegnen könne. Die Luxemburger indes sind reservierter: 54 Prozent sind der gleichen Auffassung. Ein ähnliches Verhältnis zeichnet sich dann auch bei der Frage ab, ob das parlamentarische Wahlrecht für Ausländer die soziale Kohäsion im Lande stärken könnte: 80 Prozent der Ausländer bejahen dies, bei den Luxemburgern sind es genau die Hälfte der Befragten.

Bedingungen

Unabhängig von der Nationalität sind 75 Prozent der befragten Einheimischen der Meinung, dass das Beherrschen der luxemburgischen Sprache eine Grundvoraussetzung für das Erlangen der Staatsbürgerschaft sein sollte. 64 Prozent glauben, dass Bürgerrechtskurse sein müssten.

Quasi-Einigkeit zwischen luxemburgischen und nicht-luxemburgischen Einwohnern herrscht schließlich bei der Frage nach der obligatorischen Residenzdauer, um die luxemburgische Staatsangehörigkeit beantragen zu können: 45 Prozent der Einwohner (Ausländer und Luxemburger gleichermaßen) sprechen sich für eine Dauer von fünf Jahren aus, 48 Prozent insgesamt (46 Prozent der Luxemburger, 50 Prozent der Ausländer) für sieben Jahre.

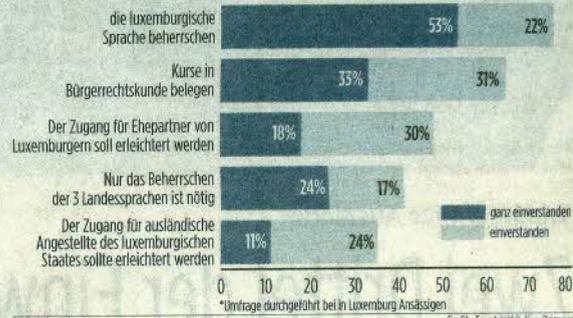
Wahlrecht für Ausländer bei Parlamentswahlen*



Quelle: TNS Ilres

grafik: Tageblatt/Julien Pirnot

Bedingungen zum Erlangen der Luxemburger Staatsbürgerschaft*



Quelle: TNS Ilres

grafik: Tageblatt/Julien Pirnot

Wie leben Luxemburger?

In Zusammenarbeit mit dem Statec will das Umfrageinstitut Ceps/Instead einen Umriss der Lebensbedingungen in Luxemburg zusammenstellen. 100 Marktforscher werden zu diesem Zweck knapp 3.500 Haushalte befragen. Diese werden rein zufällig ausgesucht, und die Interviewer unterliegen der Schweigepflicht. Bei der Umfrage, die bis Oktober durchgeführt wird, geht es um etwas heiklere Themen. Unter dem Namen „Liewen zu Lëtzebuerg“ werden Fragen zu Einkommen, Steuern, eventuellen Schwierigkeiten materieller oder finanzieller Natur gestellt.

Spiegelbild des Alltags

Die Umfrage soll ein Spiegelbild des Alltags in Luxemburg erstellen. So werden auch Wohnsituation, Gesundheit, Beziehungen und Wohlbefinden der Menschen erfasst.

Wege zur Nationalität

Léon Marx

Noch in bester Erinnerung (?) ist ein Gesetz, das über Nacht aus der belgischen Prinzessin Stéphanie eine Luxemburgerin machte, die dann wenige Tage später Erbgroßherzog Guillaume heiratete.

Ganz so schnell und einfach wird es wohl für „Normalsterbliche“ auch in absehbarer Zukunft nicht werden, die luxemburgische Nationalität zu erlangen bzw. diese zusätzlich zu der bisherigen zu bekommen.

Die teilweise kontroverse Diskussion rund um das Spezialgesetz, mit dem sich im Herbst 2012 das Parlament beschäftigte, hat aber zweifellos dazu beigetragen, dass sich die Abgeordneten schneller als im Regierungsprogramm vorgesehen, diese Woche erneut mit dem Thema befassen, um die Leitlinien einer grundlegenden Reform des Gesetzes von 2008 festzulegen.



Foto: François Aussems

Aufenthaltsdauer, Sprachenkenntnis, Erlangung der Nationalität über den Weg der Ehe sind die drei zentralen Fragen

Nachdem Justizminister François Biltgen die Vorstellungen der Regierung vergangene Woche darlegte, haben am Donnerstag die Abgeordneten die Gelegen-

heit, sich in einer „Konsultationsdebatte“ zu äußern. Minimale Aufenthaltsdauer, Sprachenkenntnis, Erlangung der Nationalität über den Weg der Ehe

sind die drei zentralen Fragen um die es in der Debatte geht.

Materialistische Fragen stehen im Mittelpunkt der heutigen Sitzung. Für 75 Millionen Euro soll in Clerf das von den Lokalpolitikern seit Jahren herbeigesehnte Nord-Lycée entstehen (siehe auch unsere Montagausgabe). Um Luxemburg touristisch attraktiv(er) zu gestalten, sind im neuen Fünfjahresplan 45 Millionen Euro an Investitionen vorgesehen.

Schwerpunkte sind dabei Kultur und Kongresstourismus. Ebenfalls auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stehen neben einer aktuellen Fragestunde eine Reihe von Anpassungen am legislativen Rahmen des Schengen-Lycée und der Sozialgesetzgebung bezüglich der Controller von krankgeschriebenen Pendlern.

In eigener Sache befassen sich die Abgeordneten schließlich mit einer Reihe von Änderungen am internen Parlamentsreglement.